

Inhaltsverzeichnis

1. Deutsche BP	
2. American Chamber of Commerce in Germany	
3. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	
4. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
5. Verband der Chemischen Industrie	
6. Wirtschaftsrat der CDU	
7. Collegium	

BP Europa

Die BP Europa SE ist die Europäische Aktiengesellschaft des BP-Konzerns, die am 30. April 2010 durch die Verschmelzung der BP Landesgesellschaften in Belgien, den Niederlanden, Österreich und Polen mit der Deutschen BP AG gegründet wurde.^[1] Die Muttergesellschaft des international tätigen Energiekonzerns ist die BP p.l.c. mit Sitz in London. 2021 erwirtschaftete der Konzern, der 65.900 Personen beschäftigt, einen Umsatz in Höhe von ca. 158 Mrd. U.S. Dollar.^[2] Im gleichen Jahr erzielte BP in Deutschland einen Umsatz von 29 Mrd. Euro mit 9.414 Beschäftigten.^[3]

BP Europa SE

Rechtsform Europäische Aktiengesellschaft bzw. p.l.c. (Konzernmutter)
Tätigkeitsbereich Energie mit Schwerpunkt Mineralöl
Gründungsdatum 1917
Hauptsitz London
Lobbybüro BP Europa SE, Pariser Platz 3, 10117 Berlin
Lobbybüro EU BP plc, Archimedes Building 11 Rond Point R. Schuman 1040 Brüssel
Webadresse bp.com bzw. bp.com/de
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten in Deutschland	2
2 Lobbystrategien und Einfluss	3
2.1 Angaben in den Lobbyregistern	3
2.2 Greenwashing & Image Wandel	4
3 Fallbeispiele und Kritik	4
3.1 Riskante Suche nach Öl und Gas	4
3.2 Consumer Energy Alliance	4
3.3 Deep Water Horizon	4
3.4 Studie zu Bürgerprotesten	5
3.5 BP auf der COP 27 in Ägypten	5
3.6 Weiterführende Informationen	6
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
5 Einzelnachweise	6

Aktivitäten in Deutschland

Die BP Europa SE hat ihren Sitz in Hamburg, Überseeallee 1, die Hauptverwaltung für Deutschland befindet sich in Bochum. Vorstandsvorsitzender von BP Europa ist Wolfgang Langhoff. Als Cheflobbyist in Berlin (Director External Affairs in Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg) betätigt sich Enno Harks.

BP betreibt in Deutschland zwei Raffinerien und stellt Kraftstoffe, Heizöl und Schmierstoffe her, die an Großhändler, Zwischenhändler und über Tankstellen an Endkunden verkauft werden, sowie Grundstoffe für die chemische Industrie. Die Marken sind BP, Aral und Castrol. Mit rund 2.400 Tankstellen ist Aral die Nr. 1 im deutschen Markt. Unter der Marke "Aral pulse" ist BP zunehmend in der Elektromobilität tätig und zählt mit Ultraschnell-Ladesäulen zu den führenden Anbietern in diesem Segment. Der Geschäftsbereich Air bp umfasst den Vertrieb von Turbinenkraftstoff (Jet A1) und Kolbenmotor-Flugbenzin an Flughäfen. In Hamburg plant BP, ein eigenes Offshore-Windbüro zu eröffnen, um den Eintritt in den deutschen Markt für Windenergie vorzubereiten.

Quellen: ^[4]^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Angaben in den Lobbyregistern

Im EU Transparenzregister gibt BP p.l.c. an (Stand: 23.06.2022), im Jahr 2021 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 12 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 5,7) zu beschäftigen.

^[6] Im deutschen Lobbyregister gibt BP Europa an (Stand: 01.12.2022), im Jahr 2021 zwischen 940.001 bis 950.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[7]

Laut deutschem Lobbyregister Ist BP Europa Mitglied in den folgenden Organisationen (Auswahl):

- [American Chamber of Commerce in Germany](#)
- Deutsch-Aserbaidschanisches Forum
- Deutsches Verkehrsforum
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- en2x - Wirtschaftsverband Fuels und Energie
- EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler
- Förderkreis der Deutschen Energie
- Forum für Zukunftsenergien
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Grüner Wirtschaftsdialog
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- Verband der Schmierstoffindustrie
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Collegium](#)
- Power to X Alliance
- [Gaskoalition](#)
- Aireg - Aviation Initiative for Renewable Energy in Aviation
- Allianz Wasserstoffmotoren
- Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur
- KlimaDiskurs.NRW
- H2GlobsalStiftung
- Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore
- AquaVentus Förderverein

Greenwashing & Image Wandel

Ab 2000 begann der Imagewandel von BP ^[8]. Der Konzern beauftragt die amerikanische PR-Firma Ogilvy & Mather für ein neues Image bei BP zu sorgen. Die PR-Firma veränderte den Name von „British Petroleum“ in „beyond petroleum“, was mit „weit mehr als Erdöl“ übersetzt werden kann. Außerdem wurde das Logo des Energie Konzerns verändert. Eine gelb-grüne-weiße Sonne soll das Umweltengagement und den Vorrang erneuerbarer Energien widerspiegeln.

Auch in Deutschland möchte BP als „grünes Unternehmen“ wahrgenommen werden. Um diese neue Außendarstellung zu stärken, bewarb BP mit mehreren Anzeigen und Kampagnen das neue Image. Außerdem wurde der Schulwettbewerb Klima&Co beworben, bei dem das Thema Energiereduzierung lautete.

Fallbeispiele und Kritik

Riskante Suche nach Öl und Gas

BP suchte immer riskanter nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen. Für diese Suche benötigte BP die Zustimmung der Politik. Im Jahr 2009 waren die Lobbyausgaben von Erdöl- und Erdgasindustrie so hoch wie nie zuvor. Die Branche – darunter BP – gab im Jahr 2009 175 Millionen US-Dollar für Lobbying aus.

Consumer Energy Alliance

Im Jahr 2010 gelangte eine Powerpoint-Präsentation eines Treffen der US-amerikanischen Gasindustrie an die Öffentlichkeit ^[9]. Diese stellte Lobbystrategien der Ölindustrien vor. So sollte mit einer Fünf-Jahres Kampagne lokale Gruppe als Unterstützer für Offshore-Bohrungen gewonnen werden. Explizit als Zielgruppe genannt wurden: Veteranenverbände, Verbraucher, Redaktion, Wissenschaftler, und Think Tanks. Dieser Vortrag wurde von der Front Group „Consumer Energy Alliance“, die von BP unterstützt wird, gehalten. Dies war eine gezielte BP-Kampagne, die um die Unterstützung für riskante Offshore-Bohrungen werben sollte.

Deep Water Horizon

Die immer riskantere Suche nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen birgt die Gefahr von Unfällen. Bei Offshore-Bohrungen explodierte im April 2010 die Ölplattform „Deepwater Horizon“ ^[10]. Eine Folge dieser Explosion war die Ölkatastrophe am Golf von Mexiko. Um Schaden von BP abzuwenden, versuchte das Unternehmen den Ausmaß des Unfalls zu vertuschen. So wurden während und nach der Ölkatastrophe Journalisten von BP an der Berichterstattung vor Ort gestört, z.b. wurden Fotojournalisten daran gehindert, über den Golf von Mexiko zu fliegen, um das Ausmaß der Katastrophe zu dokumentieren ^[11]. Nach der Katastrophe floss erneut viel Geld in PR-Maßnahmen: Im Jahr 2010 gab BP allein von April bis Ende Juli jede Woche fünf Millionen US-Dollar aus ^[12], um das Image nach der Öl-Katastrophe wieder herzustellen.

2015 haben sich BP und die USA zu einer Entschädigungszahlung von insgesamt 18,7 Milliarden US-Dollar geeinigt. Zu zahlen sind die 18.7 Milliarden Dollar, innerhalb den nächsten 18 Jahren. Insgesamt zahlte der britische Öl-Konzern mehr als 43 Milliarden Dollar seit 2010 für die Folgen und Beseitigungen der Katastrophe. Der Einigung ging ein 5 Jähriger Rechtsstreit voraus in dem BP die Schuld an der Katastrophe zunächst von sich wies. So beschuldigte BP, den Subunternehmer Transocean, da diese die geplatzten Rohre geliefert sowie eingebaut hatten. Das US-Justizministerium sieht die Schuld allerdings eindeutig bei BP. Das Ministerium erklärt das BP eindeutig vorsätzlich und fahrlässig gehandelt habe.^[13]

Studie zu Bürgerprotesten

Im Januar 2013 gab BP beim Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Studie zur Untersuchung von Bürgerprotesten in Deutschland in Auftrag. Nach Angaben des Energiekonzerns sollte diese dazu beitragen, die Dialogfähigkeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erhöhen. Das konzerninterne Ziel der Studie aber war es, herauszufinden, welche Einstellungen Aktivisten gegenüber Unternehmen haben und mit welchen Strategien es dem Konzern gelingen kann, größerer Akzeptanz für umstrittene Projekte zu schaffen. Somit steht die Studie im Kontext einer breiten Diskussion innerhalb der Szene der Lobbyisten und Kommunikationsberater.^[14]

Zwar betonte das Göttinger Institut, im Vertrag mit BP sei jeglicher Einfluss auf Methodik, Projektdesign oder die Interpretation der Ergebnisse ausgeschlossen worden. Dennoch gab es während des Verlaufs der Studie indirekten Kontakt mit BP über den Dienstleister kmw outrage management. Die Beratungsfirma bietet Unternehmen an, sie bei Kommunikationskrisen und dem Umgang mit öffentlichen Protesten zu unterstützen. Dazu gehört auch die Begleitung von Untersuchungen im Auftrag von Industriekunden. So wirbt kmw outrage management auf ihrer Website explizit mit der BP-Studie. Zudem haben zwei der drei Partner früher bei dem Energiekonzern gearbeitet.^[15]

Des Weiteren ist problematisch, dass die Rolle von BP gegenüber den Befragten nicht von Anfang an offen gelegt wurde. Denn zwischen ihnen und dem Geldgeber herrschen zumindest teilweise Interessenkonflikte. Die Studienteilnehmer waren erst am Ende der Gespräche über die Finanzierung durch BP und das Erkenntnisinteresse des Ölkonzerns aufgeklärt worden und hatten somit keine Möglichkeit, eine Teilnahme aus diesen Gründen abzulehnen.

Mittlerweile hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung eine weitere Studie im Auftrag von BP veröffentlicht. Diese ist eine Fortsetzung der Analyse gesellschaftlicher Akteure. Befragt wurden diesmal neben Gesellschaftern und Vorstände auch Geschäftsführer und Unternehmer zu deren Werten, Selbstwahrnehmung und ihren Blick auf Gesellschaft und Politik. Laut Auftraggeber BP sowie dem Göttinger Forschungsinstitut soll die neue Untersuchung einen Beitrag dazu leisten, „vorherrschende Einschätzungen über Unternehmer zu überprüfen, zu ergänzen und möglicherweise auch zu korrigieren.“^[16]

BP auf der COP 27 in Ägypten

Die 27. UN Climate Change Conference fand vom 6.-18. Nov. 2022 in Sharm El-Sheikh, Ägypten, statt. In diesem Jahr waren 636 Lobbyisten von Öl-, Gas- und Kohlekonzernen akkreditiert, laut [Global Witness](#) 100 mehr als im vergangenen Jahr.^[17]

Besondere Einblicke konnte sich Bernhard Looney, CEO von BP, verschaffen: Er war Mitglied der offiziellen Delegation von Mauretanien und hatte damit erweiterte Zutrittsrechte in die Konferenzbereiche für Regierungsdelegationen. Darüber hinaus waren noch vier weitere BP-Mitarbeiter:innen Teil des mauretanischen Teams.^[18] Parallel wurde eine Vereinbarung zwischen BP und der mauretanischen Regierung über die Produktion von grünem Wasserstoff getroffen.

Weiterführende Informationen

Machtspielchen - Der Podcast von LobbyControl zum Thema "Mineralölkonzerne: Fette Profite und die Übergewinnsteuer" vom 16.03.2023^[1]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), bp.com/de, abgerufen am 09.12.2022
2. ↑ [Umsatz des Bp-Konzerns in den Jahren 2003 bis 2021](#), statista.com, abgerufen am 10.12.2022
3. ↑ [Zahlen & Daten](#), bpr.com/de, abgerufen am 09.12.2022
4. ↑ [BP Europa SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.12.2022
5. ↑ [Aufwind für erneuerbare energien](#), bp.com/de vom 26.12.2022, abgerufen am 09.12.2022
6. ↑ [BP p.l.c.](#), ec.europa.eu, abgerufen am 10.12.2022
7. ↑ [BP Europa](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.12.2022
8. ↑ [Greenwash von BP Klarsicht dank Ölteppich](#), taz.de vom 24. 5. 2010, abgerufen am 01.06.2015
9. ↑ [Soucewatch: Consumer Energy Alliance](#) abgerufen am 01.06.2015
10. ↑ [Ölpest: Warum explodierte die "Deepwater Horizon"? vom 6. Mai 2010](#), abgerufen am 01.06.2015
11. ↑ [Ölpest im Golf: BP-Zensoren verschleiern die Umweltkatastrophe](#) vom 12.06.2010, abgerufen am 01.06.2015
12. ↑ [Dirty Money: Big Oil and corporate polluters spent over \\$500 million to kill climate bill, push offshore drilling](#) vom 27.11.2010
13. ↑ [<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/einigung-mit-us-justizministerium-die-strafe-sichert-der-golfregion-konstante-einkommen/12004658-2.html/>] Einigung mit US-Justizministerium BP zahlt höchste Strafe der Wirtschaftsgeschichte] vom 02.07.2015, abgerufen am 03.07.2015
14. ↑ [LobbyControl: BP lässt Bürgerproteste Untersuchen - was steckt dahinter?](#), abgerufen am 17.11.2016
15. ↑ [kmw outrage management](#), abgerufen am 17.11.2016
16. ↑ [Zweite BP Gesellschaftsstudie](#), abgerufen am 17.11.2016
17. ↑ [636 fossil fuel lobbyists granted access to COP27](#) Global Witness 10. Nov. 2022, abgerufen am 8.12.2022
18. ↑ [COP27: BP chief listed as delegate for Mauritania](#) BBC vom 10. Nov. 2022, abgerufen am 8. Dez. 2022

American Chamber of Commerce in Germany

Die **AmCham Germany** (American Chamber of Commerce in Germany) ist eine Lobby-Organisation in Deutschland mit Sitz in Berlin. Sie gehört zur übergeordneten Amerikanischen Handelskammer (**U.S. Chamber of Commerce**), einer weltweit tätigen und außergewöhnlich einflussreiche Lobbyorganisation der amerikanischen Wirtschaft. Die deutsche AmCham Germany kann als Zweigstelle gesehen werden, gleichzeitig verwaltet sie sich selbst und firmiert als eingetragener Verein (e.V.). Die Kammer gehörte zu den größten Befürwortern eines Transatlantischen Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU (**TTIP**) und betrieb aktive Lobbyarbeit für ein möglichst umfassendes Abkommen. ^[1]

AmCham Germany (American Chamber of Commerce in Germany)



Rechtsf e.V.

orm

Tätigkei Handel und Investitionen

tsbereic

h

Gründu 1903

ngsdatu

m

Haupts American Chamber of Commerce in
tz Germany e. V. , Charlottenstr. 42,
10117 Berlin

Lobbyb

üro

Lobbyb

üro EU

Webadr <http://www.amcham.de>

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	7
2 Fallstudien und Kritik	8
3 Organisationsstruktur und Personal	8
3.1 Verbindungen	9
4 Zitate	9
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
6 Einzelnachweise	9

Lobbystrategien und Einfluss

Laut Satzung fördert AmCham Germany die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Dabei unterstützt und fördert sie aktiv die Interessen ihrer Mitglieder durch ihr Netzwerk in Wirtschaft, Politik und der AmChams weltweit. Erklärtes Ziel von AmCham Germany sind uneingeschränkter Handel und Investitionen zwischen den USA und Deutschland, als auch allgemein die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. AmCham Germany vertritt die wirtschaftlichen Interessen von U.S. amerikanischen Firmen, die eine Niederlassung in Deutschland besitzen, sowie die Interessen der deutschen Mitgliedsfirmen, die in den USA aktiv sind. ^[2]

AmCham Germany arbeitet auf mehreren Ebenen zugleich, auf der nationalen in Berlin und über zehn "Regional Chapters" auf der regionalen Ebene. Zusätzlich betreiben die einzelnen Mitglieder über die weiteren Mitgliedschaften in Interessenorganisation als auch auf individueller Basis Lobbyarbeit. Auf nationaler Ebene werden die Politikempfehlungen in den sieben Ausschüssen für Politik ("Policy Committees") diskutiert und formuliert.^[3] Adressaten sind Entscheidungsträger in Berlin, Brüssel und Washington, DC, die Öffentlichkeit und wichtige Interessengruppen. Zu den Ausschüssen gehören z. B.: Aerospace and Defence Committee, Energy and Climate Committee, Tax Committee und Trade Committee.

Die Lobbyarbeit betreibt AmCham Germany hauptsächlich durch Veröffentlichungen wie z.B. Positionspapiere, aber auch über Veranstaltungen bei denen direkt Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern organisiert wird. Hier ein kleiner Überblick über verschiedene Veranstaltungen alleine zum TTIP:

- Annual Transatlantic Business Conference (Jährliche Wirtschaftskonferenz zusammen mit dem BDI und anderen Verbänden) mit dem Titel „Strategic inspiration and impulses for the economic and political partnership“ in Frankfurt vom 11.- 12.11.2014 zum TTIP^[4]
- TTIP – WIR MÜSSEN REDEN! (Bürgerdialog mit der Europa-Union)
- AmCham Germany Transatlantic Partnership Award (Galaveranstaltung mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur)

Der Kontaktpflege zwischen AmCham Germany-Ausschussvorsitzenden (chairpersons of policy committees) und Abgeordneten des Deutschen Bundestags dienen die „Parliamentary Breakfasts“. Diese werden von Unternehmen gesponsert.^[5]

Die Einnahmen von AmCham Germany lagen 2021 bei ca. 2,5 Mio. Euro.^[6]

Fallstudien und Kritik

Bei den Verhandlungen zur EU-Datenschutzverordnung 2013 haben vor allem U.S. amerikanische Unternehmen mit Unterstützung der AmCham Repräsentanzen in Europa wie auch u.a. die AmCham Germany eine offensive Lobbyarbeit gemacht.^[7] AmCham Germany betrieb vor allem ein aktives Lobbying für das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP).^[8] Dies geschah indirekt durch Publikationen aber auch direkt durch Konsultationen mit Politikern und Beamten aus Bund, Ländern aber auch der EU Institutionen.^[9]

Organisationsstruktur und Personal

AmCham unterhält Büros in Berlin und Frankfurt. Leitungsgremien des Vereins sind der Vorstand ("Executive Committee") und der Verwaltungsrat („Board of Directors“), die [hier](#) abrufbar sind. Sieben Personen werden als Lobbyisten ausgewiesen, die für [Communications & Government Relations](#) zuständig sind.

Am 01.03.2024 hatte AmCham Germany 830 Mitglieder, die [hier](#) abrufbar sind.^[10] Mitglieder sind 204 natürliche Personen sowie 626 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen aus den USA und Deutschland.

Verbindungen

AmCham Germany gehört zur übergeordneten [U.S. Chamber of Commerce](#) (US-Handelskammer), die Lobbyarbeit für die amerikanischen Unternehmen auf der ganzen Welt betreibt. Mit 59,6 Mio. \$ Dollar hatte sie 2022 die höchsten Lobbying-Ausgaben der Welt.^[11] AmCham Germany ist auch Mitglied des Netzwerks [AmCham EU](#), über das sie Kontakte zu anderen europäischen AmChams unterhält.

Zitate

„The most effective lobbying force in town is commonly considered to be the EU Committee of the American Chamber of Commerce.“^[12]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [AmCham Germany Website Public Affairs](#), zugriff 27.11.2014
- ↑ [AmCham Germany Website History](#) , zugriff 27.11.2014
- ↑ [Policy Committee Overview 2022](#), amcham.de, abgerufen am 14.01.2023
- ↑ [Annual Transatlantic Business Conference Event archive](#), gaccny.com, abgerufen am 05.12.2016
- ↑ [Annual Report 2022](#), amcham.de, abgerufen am 14.01.2023
- ↑ [American Chamber of Commerce in Germany, Gewinn- und Verlustrechnung](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 13.01.2023
- ↑ [LobbyControl Blog](#) , zugriff 27.11.2014
- ↑ [AmCham Germany The Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) , zugriff 27.11.2014
- ↑ [AmCham Germany The Transatlantic Trade and Investment Partnership - Meetings](#) , zugriff 27.11.2014
- ↑ [American Chamber of Commerce in Germany](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 04.08.2024
- ↑ [Top Spenders](#), opensecrets.org, abgerufen am 13.01.2023
- ↑ [The Economist The Brussels lobbyist and the struggle for ear-time](#), zugriff 27.11.2014

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Jetzt spenden!

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige
Politik (DGAP)

Die **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)** ist ein Thinktank, der sich als nationales Netzwerk für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik versteht. Zu den Mitgliedern der DGAP zählen sowohl natürliche Personen als auch Unternehmen. ^[1]

Die DGAP finanziert sich neben Projektmitteln und Bundeszuschüssen maßgeblich durch den Fördererkreis. Zu den Förderern gehören auch Unternehmen der Rüstungswirtschaft. ^[2]

Das Präsidium der DGAP besteht u.a. aus aktiven und ehemaligen Politiker:innen. Die DGAP agiert somit als Forum, in welchem exklusive Treffen zwischen Politiker:innen sowie Vertreter:innen der (Rüstungs-)Wirtschaft ermöglicht werden.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Forschung zu Außen- und Sicherheitspolitik
Gründungsdatum	1955
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.DGAP.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Aktivitäten	10
2 Struktur und Finanzen	11
2.1 Vorstand	11
2.2 Präsidium	11
2.3 Mitglieder	11
2.4 Finanzierung	12
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	12
4 Fallbeispiele und Kritik	12
4.1 Lobbyisten in Ministerien	12
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
6 Einzelnachweise	12

Kurzdarstellung und Aktivitäten

Die DPAG unterhält ein eigenes Forschungsinstitut mit außenpolitischen ExpertInnen, das jährlich zahlreiche Studien und Analysen zu aktuellen außenpolitischen Themen veröffentlicht. Darüber hinaus betreibt sie die einzige öffentlich zugängliche Bibliothek zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und gibt die Zeitschrift "Internationale Politik" (IP) heraus. Unter Beteiligung von hochrangigen Entscheidern aus Politik und Wirtschaft organisiert und moderiert sie in zahlreichen Fachkonferenzen, Gesprächskreisen sowie Studien- und Projektgruppen die Diskussion außenpolitischer Themen

Im Rahmen von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Kammingespräche erhalten die Mitglieder der DGAP Gelegenheit, sich mit hochrangigen Entscheidern aus dem In- und Ausland über Grundfragen und aktuelle Themen der Außenpolitik auszutauschen..

Struktur und Finanzen

Vorstand

- Präsident: [Thomas Enders](#), ehem. Vorstandsvorsitzender von Airbus ^{[3][4]}
- Vizepräsident: [Rolf Nickel](#), ehm. dt. Botschafter in Polen
- Schatzmeister: [Georg Waldersee](#)
- [Jutta von Falkenhausen](#)
- [Carsten Berger](#)
- [Geraldine Schroeder](#)
- [Daniela Schwarzer](#)
- [Veronika Grimm](#)

Präsidium

- [Jürgen Hardt](#)
- [Wolfgang Ischinger](#)
- [Eckart von Klaeden](#)
- [Elmar Brok](#) (ehem. Mitglied)
- [Alexander Graf Lambsdorffs](#)
- [Joachim Lang](#)
- [Anja Langenbucher](#)
- [Claudia Nemat](#)
- [Christopher von Oppenheim](#)
- [Norbert Röttgen](#)
- [Jürgen Trittin](#)
- [Nathalie Tocci](#)
- [Johann Wadephul](#)

Der vollständige Liste des Vorstands und des Präsidiums sind hier ^[5] abrufbar.

Mitglieder

Bei der DPAG gibt es persönliche Mitgliedschaften sowie Mitgliedschaften für Unternehmen, Institutionen, Journalisten und Botschaften. Die Gesamtzahl der Mitglieder liegt bei über 2.500. (Stand: Ende 2014). Zu den Großspendern (Spenden mit über 100.000 Euro) gehören [Airbus](#), das Auswärtige Amt, die [BMW Stiftung](#) [Herbert Quandt](#), die [Robert-Bosch-Stiftung](#), die [Deutsche Bank](#), die [Dr. Arend Oetker Holding](#) und die [Otto Wolff Stiftung](#).

Finanzierung

Die Arbeit der DGAP wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung zahlreicher Stiftungen, Botschaften, Verbände und international agierender Unternehmen finanziert.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Die DPAG ist Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN). Gemeinsam mit dem Initiativkreis Zukunft (IKZ) der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#) und den Young Leaders des [Förderkreises Heer](#) organisiert sie die Veranstaltungsreihe „Berliner Querschuss“. ^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Die DGAP hatte einen Mitarbeiter im Außenministerium.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	03.10.2008 - 17.08.2011 ^[7]
Mitarbeiter	wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz Deutsche Botschaft Hanoi, Tätigkeit als Leiter des Wissenschaftsreferates der Botschaft

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- [↑] [DGAP-Präsidium](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
- [↑] [Fördererkreis der DGAP](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
- [↑] [Thomas Enders](#) helsing.ai, abgerufen am 18.01.2024
- [↑] [Ex-Airbus-CEO Enders soll Aufsichtsratschef werden](#) handelsblatt.com, abgerufen am 18.01.2024
- [↑] [Die Organe der Gesellschaft](#), dgap.org, abgerufen am 17.01.2024
- [↑] [IKZ Berliner Querschuss](#), dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
- [↑] Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein **Netzwerkverein**, der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler **Friedrich Merz**, Staatsminister **Michael Meister** sowie **Thomas Bareiß**, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein

tsfor
m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben

Grün 1959

dung
sdat
um

Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

tsitz

Lobb
ybür
o

Lobb
ybür
o EU

Web www.strukturgesellschaft.de

adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Die Beiräte	14
2 Mangelnde Transparenz	15
3 Organisationsstruktur und Personal	16
3.1 Vorstand	16
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	17
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	17
3.4 Mitglieder	18
4 Weiterführende Informationen	19
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
6 Einzelnachweise	19

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und Telekommunikation	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Ordnungspolitik (neu seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] • Mitglied des Bundestags • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg • ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> • Bund der Steuerzahler, Präsident • Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

des [Horst-Dieter](#)
Vorstandsmitgli [Westerhoff](#)
ed

- Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter

(Stand: Juni 2025) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) ^[9] gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#) (BVTE)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft](#) (ehemals Zukunft Gas)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - Deutsche Post
 - Deutsche Telekom
 - [Google](#)
 - Shein
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - Daniel Föst, FDP
 - Anja Karliczek, CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - Melanie Fügner, Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - Anja Käfer-Rohrbach, [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)

- [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger](#): Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019
- Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (Strukturgesellschaft), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft.de](#), abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.06.2025

Verband der Chemischen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Jetzt spenden!

Verband der chemischen Industrie e.V.
(VCI)

Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** ist ein Interessenverband von 1.600 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Innerhalb des Verbandes vereinigen sich mehr als 90 Prozent der deutschen Chemieunternehmen.^{[1][2]}

**Verband der chemischen Industrie e.V.
(VCI)**

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Chemieindustrie
Gründungsdatum	1877
Hauptsitz	Frankfurt a.M.
Lobbybüro	Neustädtische Kirchstraße 8, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Rue Marie de Bourgogne 58 1000 Bruxelles
Webadresse	www.vci.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	20
1.1 Lobbytätigkeit	20
1.2 Parteispenden	21
1.3 Befürwortung eines Lobbyregisters	22
2 Fallbeispiele und Kritik	22
2.1 2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände	22
2.2 2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung	23
2.3 2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz	24
2.4 2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern	25
2.5 1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung	25
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	26
3.1 Der Vorstand	26
3.2 Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP	26
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
5 Einzelnachweise	27

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbytätigkeit

Der VCI nutzt das Netz seiner Mitglieder, um über lokale Unternehmen dezentral auf die Bundestagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlkreisen Einfluss zu nehmen.

Auf der anderen Seite bedeutet Verbandsarbeit auch, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und in Berlin möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Diese Koordinierung ist eine Herausforderung für die Verbände generell, auch für den VCI. Denn zumindest die großen Mitgliedsunternehmen, wie [BASF](#) oder [Bayer](#), haben eigene Lobbybüros in Berlin, über die sie ihre speziellen Unternehmensinteressen vertreten.

Der VCI organisiert etwa acht Mal im Jahr Politische Ausschüsse und Chemiekreise mit Lobbyist/innen der Mitgliedsunternehmen, um Informationen auszutauschen und die Arbeit zu koordinieren. Zu den Treffen werden je nach Bedarf auch Vertreter/innen von Bundesregierung und Gewerkschaften, etwa der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), eingeladen. Zusätzlich veranstaltet der VCI einmal im Jahr einen **Parlamentarischen Abend**.

Ein weiteres wichtiges Einflussinstrument des VCI ist die strategische Netzwerkbildung und Personalpolitik, die besonders unter dem langjährigen VCI-Geschäftsführer **Hermann-Wolfgang Lehning** gepflegt wurde. Lehning war Präsident des **Wirtschaftspolitischen Clubs Deutschland** (2003–2007), in dem sich Repräsentant/innen aus Politik und Wirtschaft regelmäßig austauschen, sowie Mitgründer des Lobbyzirkels **Adlerkreis**. Ziel der strategischen Personalpolitik ist es, aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen anzuheuern, bevor sie in die Politik wechseln

Parteispenden

Der VCI gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Verband insgesamt 8.001.036,09 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2010 bis 2019 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	26.000	53.000	14.000	20.000	0	113.000
2011	110.000	47.000	60.000	72.000	20.000	309.000
2012	44.000	109.000	34.000	24.500	12.500	224.000
2013	167.000	164.000	85.000	74.500	14.000	504.500
2014	98.000	87.500	55.000	37.000	18.000	295.500
2015	40.000	61.000	35.000	40.000	13.000	189.000
2016	73.000	61.000	49.500	42.000	22.500	248.000
2017	250.000	75.000	141.000 0	139.000 0	29.000	634.000
2018	40.000	90.000	35.000	25.000	16.000	206.000
2019	108.200	75.000	55.000	37.000	20.000	295.200
2020	25.000	62.000	22.500	13.000	13.000	135.500
2021	131.500	83.000	76.000	62.000	42.000	394.500
2022	67.000	52.000	51.000	58.000	28.000	256.000
2023	40.000	62.000	25.000	41.000	30.000	198.000
Summe	1.219.700	1.081.500	738.000	685.000	278.000	4.002.200
e	0	0	0	0	0	0

Hinzu kamen Spenden des bayerischen Regionalverbands **Verband der Bayerischen Chemischen Industrie** sowie des Chemie-Arbeitgeberverbands **Verein der Bayerischen Chemischen Industrie** an die CSU in Höhe von bisher 2.177.607,4 Euro.

Die Spenden für die folgenden Jahre sind über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Befürwortung eines Lobbyregisters

Im April 2018 erklärten der VCI und Transparency International auf der Bundespressekonferenz, sich gemeinsam für ein Lobbyregister einzusetzen.^[3]

Fallbeispiele und Kritik

2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände

Die umstrittenen PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen), auch Ewigkeitschemikalien genannt, sind wichtig für große Chemiefirmen, aber auch für Hersteller von Pfannen, Outdoor-Kleidung oder Medizingeräten. Die Chemikalien sind während des Gebrauchs nicht besorgniserregend, aber der Produktionsprozess und die Entsorgung sind problematisch. Die Stoffgruppe umfasst 10.000 Stoffe, von denen ca. 1.000 in Deutschland im Einsatz sind.^[4]

Wenn die Chemikalien einmal in der Umwelt sind, bleiben sie dort, weil sie auf natürlichem Weg nicht abgebaut werden können. Über das Trinkwasser und die Nahrung gelangen sie in den menschlichen Körper. Bei einigen PFAS wurde nachgewiesen, dass sie Krebs sowie Leberschäden und Hormonstörungen verursachen und das Immunsystem schädigen können. Im Landkreis Altötting in Bayern beispielsweise durften Blutspenden von Anwohnern nicht mehr für Blutkonserven genutzt werden, da ein Stoff aus der PFAS-Gruppe in hoher Konzentration im Blutplasma nachgewiesen wurde.^{[5][6]}

Am 7. Februar 2023 legte die Europäische Chemikalien Agentur ECHA nach Vorarbeit von fünf EU-Ländern - Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen und Schweden - einen ersten Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot vor.^[7] Daraufhin gingen mehrere tausend Schreiben der Lobbyverbände mit rund 70.000 Seiten bei der ECHA ein. Besonders umkämpft sind die sogenannten Fluorpolymere. Das sind Kunststoffe, die Antihafteigenschaften haben und wenig Reibung erzeugen. Die Vertreter der Industrie bezeichnen diese Stoffgruppe als sogenannte "Polymers of Low Concern", also wenig besorgniserregend, das heißt nicht gesundheitsgefährdend. Dabei bezieht man sich auf ein Protokoll einer Expertengruppe der OECD von 1993. Die OECD erklärt auf Anfrage der Tagesschau, sie habe "keine Bewertung von Fluorpolymeren durchgeführt". Auf der Website der Organisation heißt es zudem: "Es besteht keine Einigkeit darüber, dass Fluorpolymere wenig besorgniserregend sind."^[8]

Industrievertreter plädieren häufig dafür, PFAS nach einem "risikobasierten" Ansatz zu regulieren. Dabei wird jede Substanz einzeln geprüft und nur dann verboten, wenn bewiesen ist, dass sie schädliche Wirkungen zeigt. Diese Vorgehensweise hat bislang dazu geführt, dass oftmals die regulierten PFAS durch andere, sehr ähnliche, aber noch unregulierte PFAS ersetzt wurden. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) erklärt im August 2023, man dürfe "die Entwicklung von Technologien nicht durch Überregulierung verhindern, zumal der Einsatz in geschlossenen Systemen in der Produktion erfolgt".

Im Kanzleramt fand im September 2023 ein "Chemie-Spitzengespräch" statt. In der Presseerklärung des Kanzleramtes hieß es: "Pauschale, undifferenzierte Verbote ganzer Stoffklassen sind nach Ansicht der Bundesregierung nicht vom bestehenden europäischen Rechtsrahmen gedeckt und sind nach dem aktuellen Vorschlag der deutschen und weiterer Fachbehörden auch nicht vorgesehen. Ein Totalverbot von PFAS ist insofern nicht geplant und würde von der Bundesregierung auch nicht unterstützt."^[9] Im Januar 2025 teilte das Wirtschaftsministerium mit, dass es die Fluorpolymere von der Beschränkung ausnehmen will. Auch das Ministerium verweist auf das falsche Argument, dass sie "als polymers of low concern betrachtet werden", also als nicht besorgniserregende Stoffe.^[8]

Diese Vorgänge kritisierte LobbyControl: Immer wieder hat die Industrie bei geplanten Beschränkungen ihrer Stoffe mit falschen Behauptungen und gekauften Studien gearbeitet. Drohungen ihres Niedergangs haben sich weder nach der EU-Chemikalien-Verordnung, noch der Regulierung von Asbest, BPA und vielen weiteren Chemikalien bewahrheitet. Die Politik muss endlich mit Abstand an die Argumente von Industrielobbys herangehen, die im Sinne ihres kurzfristigen Interesses argumentieren und Schäden für Mensch und Umwelt nicht tragen müssen.

[Solvay](#), Anbieter "Moderner Werkstoffe und Spezialchemikalien", angesiedelt in Wimpfen (Kreis Heilbronn) leitet seit Jahren mit behördlicher Genehmigung Trifluoressigsäure (TFA) in den Neckar. Darüber berichtete die ARD-Sendung "plusminus" am 09.07.2025.^[10] Das Portal [gwf Wasser und Abwasser](#) zeichnet den Weg der behördlichen Genehmigungen nach.^[11] Das Umweltbundesamt weist bereits im November 2021 auf die Belastung der Gewässer durch TFA hin.^[12]

2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung

Die EU REACH-Verordnung ist der zentrale Regelungsrahmen für die Chemieindustrie in der Europäischen Union. 2020 kündigte die Europäische Kommission im Rahmen des European Green Deal eine grundlegende Überarbeitung der REACH-Verordnung an. Seitdem hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) auf mehreren politischen Ebenen Einfluss genommen. Ziel war es, geplante Verschärfungen im Chemikalienrecht zu verzögern oder abzumildern.

Die Lobbyarbeit des Verbandes umfasste Stellungnahmen, Studien, direkte Treffen mit Entscheidungsträgern, Medienarbeit und die Koordination mit anderen Interessengruppen. Im Oktober 2022 verschob die EU-Kommission den Vorschlag für die REACH-Novelle auf Ende 2023. Vertreter des VCI zeigten sich zufrieden mit dieser Entscheidung.

Bereits im Jahr 2021 beteiligte sich der VCI an den Vorbereitungen zur REACH-Novelle. Im Mai 2021 reichte der Verband eine Stellungnahme zum Fahrplan der EU-Kommission ein. Konkret ging es dabei um die Frage, ob gefährliche Stoffe pauschal verboten werden sollten. Der VCI wandte sich gegen diesen gefahrenbasierten Regulierungsansatz, und forderte stattdessen, das Prinzip der stoffbezogenen Risikobewertung beizubehalten.^{[13][14]} Diese berücksichtigt neben der Gefährlichkeit eines Stoffes auch die tatsächliche Exposition – also ob und in welchem Maß Mensch oder Umwelt dem Stoff ausgesetzt sind. Die erforderliche Einzelfallbetrachtung erhöht den Verwaltungsaufwand und erschwert die Kontrolle. Im Frühjahr 2022 nahm der VCI an der öffentlichen Konsultation zur REACH-Reform teil und bekräftigte seine Haltung.^[15] Dort ging der Vizepräsident des VCI Brudermüller (zu selben Zeit BASF-Chef) in die Offensive und nannte es „fahrlässig“, der Chemieindustrie angesichts der gestiegenen Rohstoffpreise neue Belastungen zuzumuten.^[16]

Neben öffentlichen Stellungnahmen suchte der Verband auch persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der EU-Kommission. So organisierte der VCI im Februar 2022 eine Konferenz zum Green Deal in der Chemieindustrie und bemühte sich vergeblich um die Teilnahme von Generaldirektorin Fink-Hooijers.^[17] Fink-Hooijer ist die Leiterin der Umweltabteilung in der Europäischen Kommission. Außerdem traf sich der Politikausschuss des VCI im Juni desselben Jahres mit Vertreter:innen der Generaldirektion Binnenmarkt (DG GROW), um über REACH und andere Regulierungsvorhaben zu sprechen.^[18]

Auf EU-Parlamentsebene griff die EVP-Fraktion die VCI-Kritik zur REACH-Novelle auf und forderte eine Regulierungspause.^{[19][20]} Im selben Jahr flossen mehr als 150.000 Euro an Spenden an CDU und CSU. Die beiden Parteien stellten mit 29 Abgeordneten:innen die größte Landesgruppe der EVP-Fraktion im Europaparlament.

Der VCI versuchte auch die Bundesregierung zu beeinflussen, weil diese im Rat der EU über die REACH-Novelle mitentscheidet. So warnte der Verband zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V (BDI) öffentlich davor, REACH während der Energiekrise zu überarbeiten, und forderten eine Verschiebung der geplanten Vorschläge.^[21] Auch im Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium vertrat der VCI diese Position. Beide Ministerien erhielten im November 2024 Stellungnahmen zur REACH-Novelle vom VCI, in denen dieser unter anderem vor einer Abkehr vom risikobasierten Bewertungsansatz warnte.^[22] Die Argumentation wurde in Teilen von Bundeskanzler Olaf Scholz aufgegriffen, der bei einem Werksbesuch vor Produktionsverlagerungen durch überzogene Chemikalienregulierung warnte.^[23]

Der VCI arbeitete dabei mit anderen Akteur:innen zusammen. Bei einem Chemiegipfel im Kanzleramt im September 2023 traten VCI, IG BCE und der Arbeitgeberverband BAVC gemeinsam für eine risikobasierte Regulierung ein.^[24] Unternehmen wie BASF und Bayer äußerten sich ebenfalls öffentlich kritisch zu den geplanten Verschärfungen. BASF etwa sprach sich gegen pauschale Verbote von Evergreen-Chemikalien aus und forderte ausgewogene Maßnahmen.^[25]

2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz

Der VCI hatte sich gegen ein weitreichendes europäische Lieferkettengesetzes eingesetzt. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Der VCI hatte den Kommissionsentwurf als "weltfremd" bezeichnet und gefordert die Reichweite des geplanten Gesetzesentwurfs zu begrenzen und insbesondere die zivilrechtliche Haftung aus dem Gesetz zu streichen.^[26] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[27] Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[28] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“

2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern

Der Geschäftsführer des VCI, Utz Tillmann nahm an der sog. "Fünften Internationalen Klima- und Energiekonferenz" (30.11-1.12.2012 in München) der Organisation [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (Eike) teil.^{[29][30]} Tillmann hielt eine Rede über „die Auswirkungen des deutschen Energiekonzeptes auf die Chemieindustrie“.^[31] Eike ist eine deutsche Lobbygruppe gegen Klimapolitik.^[32]

1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung

Ende der 1990er Jahre legte die EU-Kommission den Grundstein für eine umfassende Reform des Chemikalienrechts. Ziel war es, mit der sogenannten REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals) Risiken durch Chemikalien systematisch zu erfassen und den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu verbessern. Das Vorhaben sah unter anderem vor, Hersteller:innen und Importeur:innen zur Registrierung und Bewertung von mehreren zehntausend Altstoffen zu verpflichten. Auch der verpflichtende Ersatz besonders gefährlicher Stoffe durch ungefährlichere Alternativen war Bestandteil der frühen Entwürfe.^[33]

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) gehörte zu den vehementesten Gegnern der ursprünglichen Vorschläge. Er warnte vor hohen Kosten und Arbeitsplatzverlusten. Eine vom VCI mitgetragene Studie der Beratungsfirma Arthur D. Little prognostizierte bis zu 2,3 Millionen gefährdete Arbeitsplätze allein in Deutschland.^[34] Der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement übernahm diese Argumentation und sprach öffentlich von einer drohenden „Deindustrialisierung Europas“.^[35] Später betonte er, dass die Bundesregierung zusammen mit dem VCI und der Chemiegewerkschaft IG BCE „durch beharrliche Interventionen“ erreicht habe, dass der Entwurf „ganz wesentlich verbessert“ wurde.^[36]

Der VCI nutzte verschiedene Wege, um Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. In Brüssel organisierte der Verband Gespräche, Veranstaltungen und Hintergrundgespräche mit Abgeordneten. Gleichzeitig intensivierte der VCI die fachliche Begleitung einzelner Parlamentarier:innen. Eine Schlüsselrolle spielte der CDU-Europaabgeordnete Hartmut Nassauer. Er war im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlament. Dabei soll er wesentliche Argumente des VCI fast wörtlich in seine Änderungsanträge übernommen haben. Bei Treffen mit anderen Parlamentarier:innen erschien Nassauer regelmäßig in Begleitung von Lobbyist:innen des VCI sowie von Bayer und Dow Chemical. Auch der Verband selbst vermerkte im Jahresbericht 2005 erfreut, Nassauer habe die eigenen Vorschläge „weitgehend übernommen“.^[37]

Auf internationaler Ebene konnte der VCI auf die Unterstützung der US-Regierung zählen. In enger Abstimmung mit der amerikanischen Chemie-Lobby übte die Bush-Regierung Druck auf die EU aus und warnte vor Nachteilen für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen. Ein Bericht der American Chemical Society beschreibt, wie US-Diplomaten in Brüssel gegen REACH intervenierten. Diese Aktivitäten basierten maßgeblich auf Argumenten der Industrie.^[38]

Auch auf höchster politischer Ebene veränderte sich im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Position zur REACH-Verordnung. Im Jahr 2001 forderten die Regierungschefs Gerhard Schröder (Deutschland), Tony Blair (Großbritannien) und Jacques Chirac (Frankreich) noch ausdrücklich höhere Umwelt- und Gesundheitsstandards als von der EU-Kommission vorgesehen. Zwei Jahre später folgte die Kehrtwende: In einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsident Romano Prodi warnten dieselben Staatschefs vor negativen Auswirkungen der Verordnung auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Beobachter:innen werteten diese Kursänderung als Reaktion auf den zunehmenden Druck seitens der Chemiebranche.^[39]

Im Laufe des Verfahrens setzten sich viele der von der Industrie geforderten Änderungen durch. So entfiel die Pflicht, besonders gefährliche Stoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen, weitgehend. Stattdessen reichte ein Nachweis, dass ein Unternehmen mit dem Stoff „ausreichend sicher“ umging.^[40] Auch die Zahl der zu registrierenden Stoffe wurde reduziert. Unternehmen mussten zudem weniger Sicherheitsdaten liefern und erhielten für viele Altstoffe Übergangsfristen von bis zu elf Jahren.^[41]

Am 13. Dezember 2006 verabschiedete das Europäische Parlament die REACH-Verordnung in abgeschwächter Form. Sie trat am 1. Juni 2007 in Kraft. Damit endete die bisher größte „Lobby-Schlacht“ – vorerst.^[42] Aus Sicht vieler Beobachter:innen markiert das Verfahren ein Beispiel für den erfolgreichen Einfluss industrieller Interessen auf europäische Gesetzgebung. Der VCI selbst sah sich durch das Ergebnis bestätigt und bezeichnete REACH später als grundsätzlich gelungen – allerdings mit weiterhin hohem bürokratischem Aufwand für die Unternehmen.^[43]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Vorstand

- Präsident: Markus Steilemann, Covestro AG
- Vizepräsidenten: Christian Hartel, Wacker Chemie AG und Markus Kamieth, BASF SE
- Karsten Knobel, Henkel, AG & Co., KGaA

(Stand Februar 2025)

Quelle:^[44]

Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP

Mayer Brown LLP (ehemals Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP) ist eine internationale Wirtschaftskanzlei, die weltweit umsatzstarke Unternehmen und Finanzinstitutionen vertritt und die über enge Kontakte in Wirtschaft und Politik verfügt. In Deutschland hat die Kanzlei Büros in Düsseldorf und Frankfurt. Gegenüber Correctiv sagte ein ehemaliger Mitarbeiter über die Arbeit der Kanzlei: „Wir schlagen Brücken zwischen Unternehmen und Genehmigungsbehörden.“^[45]

Die Kanzlei fällt besonders durch ihre Verbindung zur chemischen Industrie und großen Unternehmen wie der BASF auf, die sie laut eigenen Angaben „seit 1983 in einer Vielzahl von Angelegenheiten an verschiedensten Standorten weltweit unterstützt“ hat.^[45] Kenneth Haar von der Organisation Corporate European Observatory sagte gegenüber Correctiv, Mayer Brown „werbe gezielt große Chemiekonzerne an, um strengere Gesetze in der EU zu verhindern.“^[45]

Im Februar 2015 hat sich Mayer Brown ins Lobbyregister der EU eingetragen. Von 2015 bis 2020 gab die Kanzlei an, 150.000 Euro im Jahr für Lobbyismus auszugeben, im Jahr 2021 und 2022 nur noch 60.000 Euro und im Jahr 2023 zwischen 50.000 und 100.000 Euro. ^[46]

Ab 2005 war CDU-Kanzlerkandidat [Friedrich Merz](#) als Partner und von 2017 bis 2021 als Senior Counsel für die Anwaltskanzlei tätig. ^[47] Dabei soll Merz den Chemiekonzern BASF mehrmals als Anwalt vertreten haben (die entsprechenden Aufträge sollen aus den Jahren 2010 und 2011 stammen). ^[45]

• **Wirken PFAS Regulierungsvorschläge der Europäischen Union 2023 - 2025**

Nachdem die Europäische Chemikalien Agentur ECHA im Februar 2023 einen Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot (umweltschädliche per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, die von vielen Chemiekonzernen hergestellt oder benutzt werden) veröffentlichte, zeigte sich die Kanzlei Mayer Brown in einer Pressemitteilung sehr kritisch. Das Verbot fuße auf weitgehend unbegründeten Annahmen, Vereinfachungen und Extrapolationen der Persistenz von PFAS und deren Zersetzung. ^[48]

Mayer Brown rief Unternehmen in dem Statement dazu auf, zu prüfen, ob sie von einem Verbot der Stoffe betroffen sein könnten und gegebenenfalls dagegen zu klagen. Das Team von Mayer Brown sei bereit, bei der praktischen Umsetzung und den möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Beschränkung von PFAS zu beraten, heißt es in der Mitteilung. ^[48]

• **Klagen gegen EU-Verbote von Chemikalien**

BASF gewinnt gegen EU bei Fipronil Verbot (2018)

Im Mai 2018 vertrat Mayer Brown BASF bei einer erfolgreichen Klage gegen das Verbot des Pflanzen-Pestizids Fipronil, das die EU-Kommission 2013 zum Schutz von Bienen eingeführt hatte. Das Verbot wurde vom EU-Gerichtshof aufgehoben, da vorher keine ausreichende Risikoanalyse der Maßnahme stattgefunden habe. ^[49]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [VCI-Website: Mitglieder](#), vci.de, abgerufen am 02.03.2018
2. ↑ neuer Quelle auf test.de von heute
3. ↑ [Bahnbrechender Durchbruch? Die CDU spricht sich für ein Lobbyregister aus](#), lobbycontrol.de vom 23.11.2018, abgerufen am 21.06.2019
4. ↑ [Pfas können im Körper schaden anrichten](#), srf.ch, 13.11.2024, abgerufen am 16.01.2025
5. ↑ [Kein Blutplasma von Spendern aus Altoetting](#), br.de, 05.01.2018, abgerufen am 16.01.2025
6. ↑ [Altötting Pfoa Deponie](#), sueddeutsche.de, 09.11.2022, abgerufen am 16.01.2025
7. ↑ [Five European states call for evidence on broad Pfas restriction](#)echa.europa.eu, abgerufen am 17.01.2025
8. ↑ ^{8,08,1} [PFAS Chemikalien Lobby](#), tagesschau.de, 14.01.2025, abgerufen am 16.01.2025

9. ↑ [Chemie Spitzengespräch Pressemitteilung 189](#) , bundeskanzler.de, 27.09.2023, abgerufen am 15.02.2025
10. ↑ [Gesundheitsgefährdende Ewigkeitschemikalie - TFA-Konzentration in Trinkwasser und Lebensmittel steigt](#)www.ardmediathek.de, abrufbar bis 09.07.2027, abgerufen am 10.07.2025
11. ↑ [tfa-einleitungen-in-den-neckar](#)gwf-wasser.de vom 08.07.2025, abgerufen am 10.07.2025
12. ↑ [chemikalieneintrag-in-gewässer-vermindern-TFA](#)umweltbundesamt.de, Publikation 11/2021, abgerufen am 04.08.2025
13. ↑ [Chemicals Strategy for Sustainability – Towards a toxic-free environment](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
14. ↑ [Konsultation zum Fahrplan der Folgenabschätzung: VCI-Position zur REACH-Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
15. ↑ [Consultation on targeted revision of REACH: VCI Position on the REACH Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
16. ↑ [Schutz vor schädlichen Chemikalien: Die EU-Kommission bricht ihr Versprechen](#) LobbyControl, 25.08.2023, abgerufen am 03.06.2025
17. ↑ [RE: Speaking request Chemical industry and Green Deal 8 Feb](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
18. ↑ [Meeting minutes: VCI and DG GROW 29 June 2022](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
19. ↑ [EU to drop ban of hazardous chemicals after industry pressure](#), The Guardian, 11.07.2023, abgerufen am 01.06.2025
20. ↑ [EPP Group Position Paper on fighting inflation and tackling the rise of energy and living costs](#), EVP-Fraktion, abgerufen am 01.06.2025
21. ↑ [Waiting for REACH – How the chemical industry’s lobbying delayed action on hazardous chemicals](#), EEB/CHEM Trust, abgerufen am 01.06.2025
22. ↑ [Stellungnahme des VCI zur REACH-Revision an BMWK/BMUV](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
23. ↑ [Scholz will PFAS-Ewigkeitschemikalien nicht verbieten](#), Deutschlandfunk, 23.03.2023, abgerufen am 01.06.2025
24. ↑ [September-Chemiegipfel im Kanzleramt – Statement zum ECHA-Beschränkungsverfahren zu PFAS: risikobasiert statt pauschal](#), pro-K, abgerufen am 01.06.2025
25. ↑ [BASF Position on PFAS](#), BASF, abgerufen am 01.06.2025
26. ↑ [VCI & BAVC | Europäisches Lieferkettengesetz: Kommission schießt übers Ziel hinaus](#) etzwerk-ebd.de vom 23.03.2022, abgerufen am 08.12.2022
27. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [5. Internationale Klima & Energiekonferenz \(IKEK\) München - Programm](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
30. ↑ [5. IKEK München - Kurzbericht](#), eike-klima-energie.eu vom 06.12.2012, abgerufen am 29.02.2016
31. ↑ [Präsentation der Rede](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
32. ↑ [Chemieindustrie hofiert Klimaleugner](#) taz vom 30.11.2012, abgerufen am 01.12.2012
33. ↑ [Umweltbundesamt Österreich: Die REACH-Verordnung](#) abgerufen am 1.6.2025
34. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
35. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025

36. ↑ [Bundeskanzleramt: Rede von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zur REACH-Verordnung \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
37. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
38. ↑ [Chemical & Engineering News: US Lobbying REACH Assailed \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
39. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
40. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
41. ↑ [taz: Chemiereformchen verabschiedet](#) abgerufen am 1.6.2025
42. ↑ [Irish Times: Watering down of EU chemicals law proves power of lobbyists](#) abgerufen am 1.6.2025
43. ↑ [VCI: Position zum REACH-Review \(2013\)](#) abgerufen am 1.6.2025
44. ↑ [Vorstand und Präsidium vci.de](#), abgerufen am 02.03.2018
45. ↑ ^{45,045,145,245,3} [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org, 28.01.2025, abgerufen am 10.04.2025
46. ↑ [EU-Lobbyregistereintrag Mayer Brown Europe-Brussels LLP](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 10.04.2025
47. ↑ [CV Friedrich Merz](#), merz.cdu.de, abgerufen am 10.04.2025
48. ↑ ^{48,048,1} [EU Proposed Restriction on PFAS](#), mayerbrown.com, 28.02.2023, abgerufen am 10.04.2025
49. ↑ [General Court of the European Union Press Release No. 68/18](#), curia.europa.eu, 17.05.2018, abgerufen am 10.04.2025

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.wirtschaftsrat.de

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	30
2 Aktivitäten	31
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	32
4 Geschichte	32
5 Fallstudien und Kritik	32
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	32
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	33
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	34
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	35
6 Finanzen	35
7 Zitate	36
8 Organisationsstruktur und Personal	36
9 Mitglieder	43
10 Die Landesverbände	43
11 Netzwerke	44
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	44
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	44
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	44
13 Einzelnachweise	44

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders

als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder. ^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen. ^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns ^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet. ^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen ^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro. ^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht. ^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte. ^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht. ^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards". ^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen

- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt^[31]^[32] als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative *Rettet unsere Industrie* gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee

und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet. ^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona. ^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag. ^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann. ^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen. ^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats. ^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist. ^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit." ^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden." ^[44] Präsidentin Astrid

Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen." ^[30]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands

Position	Name	Tätigkeit
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[5] ^[4]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission

Vorsitz Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung
Hans Joachim Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender Reinke

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant GmbH, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick	Mahle GmbH, Geschäftsführer
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung	Christia	

Bundesfachkommission

Vorsitz Unternehmen

4.0	n Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Matthias	
Steuern	S Oberndörfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	n Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) [\[57\]](#)[\[58\]](#)

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe

Vorsitz Unternehmen

Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Michael Dieckman	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> • Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats

Mitglieder	Akademische Position
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Prometheus, Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht • Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident

Mitglieder	Akademische Position
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> • Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied • Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums • BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> • Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter • Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft • Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter • Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[60]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[61] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[62] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[63] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG).^[64] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[65] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[66]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Hauwei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie

Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025

2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinetttisch](#) [www.lobbycontrol.de](#) vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), [faz.net](#) vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), [lobbycontrol.de](#), abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), [cdu-bremen.de](#), abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), [cduhamburg.de](#), abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), [wbu.de](#), abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), [lobbycontrol.de](#) vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), [lobbycontrol.de](#), abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), [lobbycontrol.de](#), abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), [ludwig-erhard.de](#) vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), [lobbycontrol.de](#) vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), [sueddeutsche.de](#) vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), [lobbycontrol.de](#) vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), [twitter.com](#) vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), [surplusmagazin.de](#) vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), [sueddeutsche.de](#) vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), [sueddeutsche.de](#) vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), [scilogs.spectrum.de](#) vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023

32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023

61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), wirtschaftsrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Netzwerkvereine

Neben Verbänden, Unternehmen und Lobby-Agenturen, die gegenüber Parlament und Regierung Interessenvertretung betreiben, spielen im Lobbyismus auch **Netzwerkvereine** eine große Rolle. Diese beschäftigen meist selber keine Lobbyist:innen und betreiben keine klassische Interessenvertretung. Ihr Zweck ist lediglich die Vernetzung und der „Wissensaustausch“ zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Dabei fungieren sie als Plattform für die Vernetzung unterschiedlicher Lobbyakteure und verschaffen ihren Mitgliedern über organisierte Gesprächsrunden privilegierte Zugänge zu politischen Entscheidungsträger:innen.

In einigen Netzwerkvereinen verfügen Politiker:innen und Mandatsträger:innen auch über eigene Positionen. Oftmals sind sie persönlich Mitglieder, zum Teil auch in Präsidium oder Vorstand. Über Netzwerkvereine kommt es so zu Organisationen mit expliziten Verknüpfungen zwischen Wirtschafts-/Lobbyakteuren und Politiker:innen, was bei amtierenden Mandatsträger:innen zu Interessenkonflikten führen kann. Im Folgenden werden Beispiele für Netzwerkvereine aufgeführt und näher erläutert.

Inhaltsverzeichnis

1 Adlerkreis	48
2 Amisa2	48
3 Collegium	49
4 Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.	49
5 Förderkreis Deutsches Heer e.V.	50
6 Finanzplatz München Initiative	50
7 Forum – Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik	50
8 Gaskoalition	51
9 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.	51
10 LobbyKreisBerlin	51
11 United Europe e.V.	52
12 Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.	52
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	53
14 Einzelnachweise	53

Adlerkreis

Der **Adlerkreis** ist ein 1972 im Godesberger "Hotel Adler" gegründeter vertraulicher Gesprächskreis in Berlin. Mitglieder sind unter anderem Hauptstadtrepräsentant:innen von Großkonzernen und wichtiger Wirtschaftsverbände. Im Juni 2024 gehörten dem Adlerkreis laut Lobbyregisterangaben 32 Mitglieder an^[1], darunter die **TUI AG**, der **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft**, **Diehl**, der **Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie**, **E.ON**, **Siemens**, **Mercedes-Benz** und **Porsche**.^[2]

Präsident des Adlerkreises ist Eckart von Klaeden, Leiter der Abteilung Politik und Außenbeziehungen der **Mercedes-Benz AG** und ehemaliger CDU-Politiker. Laut Lobbyregister-Angaben finden ca. 9-10 Mal im Jahr Gespräche mit Abgeordneten oder Mitgliedern der Bundesregierung, aber auch mit Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft statt.^[1]

Versammlungen finden regelmäßig auch in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, deren Räume dem Deutschen Bundestag gehören, statt.^[3] Zutritt zur Parlamentarischen Gesellschaft haben Abgeordnete ihr Leben lang, auch wenn sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament als Lobbyist:innen tätig sind. Als Ex-Parlamentarier:innen können sie auch andere Lobbyist:innen als Gäste mitbringen.

Weiterführende Informationen: [Das sind die Lobbyisten in Berlins Hinterzimmer-Clubs](#) - Cicero vom 30.11.2015

Amisa2

Amisa2 war ein informelles Frühstückstreffen, bei dem monatlich hochrangige EU-Entscheidungsträger:innen eingeladen wurden, um vor Cheflobbyist:innen großer Unternehmen zu sprechen. Die Treffen wurden seit 1994 organisiert und verschafften Unternehmen privilegierte Zugänge zu den EU-Institutionen. Zu den 19 Mitgliedern zählten unter anderem **Airbus**, **Allianz**, **BASF**, **BMW**, **BP**, **Exxonmobil**, **Lufthansa**, **Siemens** und **Total**.^[4]

Amisa2 wurde im Oktober 2014 erstmals ins Lobbyregister eingetragen. Seit Mai 2022 ist es dort nicht mehr vermerkt. Präsident und einziger Mitarbeiter der Organisation war Georg Brodach. Seit 1994 gab es über 290 Veranstaltungen. Eine Mitgliedschaft kostete 4.000 Euro jährlich.^[5]

Auch Mitglieder der EU-Kommission haben sich mehrmals mit Cheflobbyist:innen der Amisa2-Runde getroffen, ohne dies offenzulegen.^[5] Seit Dezember 2014 sind EU-Kommissar:innen und ihre Kabinettsmitglieder dazu verpflichtet, die Treffen öffentlich zu machen.

Eine Liste der Redner:innen bei den Amisa2 Treffen von 1994 bis 2016 findet sich [hier](#). Von 2016 bis 2022 bei [Lobbyfacts](#).

Weiterführende Informationen: [EU-Kommission verschweigt Treffen mit Google, Bayer und Co](#) - LobbyControl Blog vom 29. Juni 2016

Collegium

Das **Collegium** ist ein informelles Netzwerk von Hauptstadtvertreter:innen in Deutschland tätiger Unternehmen und Geschäftsführer:innen wichtiger Wirtschaftsverbände. Seine Mitglieder treffen sich im Rahmen von Gesprächen zu politischen Themen mit Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden. Das Collegium verfügt über keine eigene Rechtspersönlichkeit, keine Satzung bzw. Statuten, kein eigenes Budget und keine Geschäftsstelle. Im Jahr 2024 hatte das Collegium 44 Mitglieder.^[6] Dazu zählen unter anderem [Diehl](#), [Bertelsmann](#), [Allianz](#), [Google Germany](#), [Siemens](#), [BP Europa](#), [Microsoft Deutschland](#), [BMW](#) und [BASF](#).^[7]

Der Vorsitz des Collegiums wechselt jährlich zwischen den Cheflobbyist:innen der einzelnen Unternehmen.

Vorsitzende waren:

- 2024: Michelle Schmitz, Leiterin der Konzernrepräsentanz Berlin der [Allianz](#)^[6]
- 2022: Fabian Bahr, Direktor Berlin Office bei Giesecke+Devrient GmbH, Berlin
- 2015 : Markus Schulz, Leiter der Konzernrepräsentanz Berlin von [Evonik](#)
- 2012: Wolfgang Niedermark, Leiter des Berliner Büro der [BASF](#)^[8]
- 2011: Thomas Haberkamm, Leiter Public Affairs bei Linde

An einer Sitzung des Collegiums am 28. August 2014 nahm Helge Braun, Staatsminister beim Bundeskanzleramt, teil.^[9]

Ein früherer Vorsitzender, Wolf-Dieter Zumpfort von der [TUI AG](#), sagte 2003 in einem Interview, das Collegium sei eine „geballte Lobbymacht“, der sich kein Staatssekretär und kein Minister verweigern könne.

„Wen wir einladen vorzutragen, der kommt auch. Zuerst hält der Gast einen Vortrag und darauf folgt eine Diskussion ohne Block und Bleistift. Und wenn man hinterher am Ende dieser Veranstaltung auf den Gast zugeht, kann man Firmenanliegen vortragen. Der Gast wird schon sagen, wenden Sie sich an den oder den in meinem Haus und beziehen Sie sich auf die heutige Veranstaltung, und damit hat man einen Einstieg für das Lobbying gefunden.“^[10]

Weiterführende Informationen: [Das sind die Lobbyisten in Berlins Hinterzimmer-Clubs](#) - Cicero vom 30.11.2015

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.

Die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.](#) (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter Netzwerkverein, der Treffen mit Vertreter:innen der Rüstungsindustrie, Bundestagsabgeordneten sowie Mitarbeiter:innen des Bundesverteidigungsministeriums organisiert. Zu den Mitgliedern zählen unter anderem [Rheinmetall](#), [Diehl Defence](#), [ThyssenKrupp](#), [Daimler](#) und [Airbus](#).

Im Präsidium des Vereins sitzen auch Mitglieder des Verteidigungsausschusses, darunter Kerstin Vieregge (CDU), Wolfgang Hellmich (SPD), Dirk Vöpel (SPD) und ehemals Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sowie [Florian Hahn](#) (CSU), [Henning Otte](#) (CDU) und Lars Klingbeil (SPD).

Die DWT veranstaltet Gesprächs- und Diskussionsrunden mit Gesprächspartner:innen aus Parlament, Ministerien, Arbeitskreisen und organisiert „parlamentarische Abende“. Unterstützt wird sie dabei auch von ihrem Tochterunternehmen: der Studiengesellschaft der DWT mbH. Sie gibt im Lobbyregister an, kein Geld für Interessenvertretung aufzuwenden und keine Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[11]

Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Der **Förderkreis Deutsches Heer e.V.** (FKH) ist ein Netzwerkverein der deutschen Rüstungsindustrie, der seinen Mitgliedern Zugänge besonders zu Mitgliedern des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag verschafft, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden. Mitgliedsunternehmen sind unter anderem [Rheinmetall](#), [Heckler & Koch](#), [Krauss-Maffei Wegmann](#), [Diehl](#), [Airbus](#), [Boeing](#), [friedrich30](#) und [ZF Friedrichshafen](#).

Im Vorstand des FKH sitzt Joe Weingarten, der bis 2025 MdB für die SPD und Mitglied im Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag war. Im Vereinspräsidium sind weiter Mitglieder des Verteidigungsausschusses vertreten: Wolfgang Hellmich (SPD), Reinhard Brandl (CSU), sowie bis November 2023 dessen ehemalige Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP).

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen.

Finanzplatz München Initiative

Die **Finanzplatz München Initiative** (fpmi) ist ein Zusammenschluss von 44 Unternehmen, Kreditinstituten, Versicherungen, Verbänden sowie wissenschaftlichen und staatlichen Institutionen, die laut Lobbyregisterangaben das Ziel verfolgen, „die Stellung Bayerns und insbesondere Münchens im internationalen Finanzplatzwettbewerb auszubauen“.^[12]

Die fpmi ist ausdrücklich als Netzwerkorganisation konzipiert, in der Unternehmen, Verbände, wissenschaftliche und staatliche Einrichtungen eng zusammenarbeiten. Die Gründung der fpmi im Jahr 2000 gehe dabei maßgeblich auf das bayerische Wirtschaftsministerium zurück, welches auch Mitglied der Initiative ist.^[13] Ein weiteres Mitglied ist die Bayerische Börse AG, deren Vorstand Andreas Schmidt auch Sprecher der Initiative ist.^[12] Weitere Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Die fpmi veröffentlicht Gutachten und Positionspapiere zu finanz- und wirtschaftspolitischen Themen und organisiert Veranstaltungen wie die „Business Breakfasts und Webinare“ für Führungskräfte der Mitgliedsunternehmen mit Referent:innen aus Wirtschaft und Politik.^[14]

Forum – Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik

Das **Forum - Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik** gibt im Lobbyregister an, ein informelles Netzwerk von in Berlin ansässigen Vertreterinnen und Vertretern in Deutschland tätiger Unternehmen, Verbände, und anderer Organisationen zu sein. Im Rahmen von Gesprächskreisen mit Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft und Gewerkschaften würden aktuelle politische Themen erörtert. Das Forum besteht laut Lobbyregisterangaben aus 50 Mitgliedern (ausschließlich natürliche Personen) und führt als Adresse die Hauptstadtadresse des Chemiekonzerns [BASF](#).^[15]

Gaskoalition

Die **Gaskoalition** bezeichnet sich selbst als „ein informelles Netzwerk von Vertreterinnen und Vertretern in Deutschland tätiger Unternehmen entlang der Wertschöpfungsstufe von Gas“ und gibt an, sich untereinander zu politischen Themen auszutauschen und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden und NGOs zu Gesprächen zusammenzutreffen.^[16]

Laut Lobbyregisterangaben sind 19 ausschließlich juristische Personen Mitglied der Gaskoalition, darunter die Deutsche **Shell Holding**, **bayernets**, **Open Grid Europe**, **BP Europa**, **Total Energies**.^[17] Als Sitz wird die Adresse des Energiekonzerns **EnBW** angegeben.^[16]

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.** veranstaltet regelmäßig Sitzungen und sogenannte Expert:innengespräche in Räumen des Bundestags. Dabei wird über Themen zur laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen oder ein Regelungsbedarf absehbar sind, gesprochen. Der Verein bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertretern der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarische Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.

Eine entscheidende Rolle spielen dabei die Beiräte, die sich an den Ausschüssen des Bundestages orientieren. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Sitzungen finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestags statt. Termine, Themen und Teilnehmer:innen der Beiratssitzungen sind für die Öffentlichkeit unzugänglich.

LobbyKreisBerlin

Der **LobbyKreisBerlin** hat sich im August 2022 als „Netzwerk von Interessenvertreter:innen“ in das Lobbyregister eingetragen. Sein Ziel sei „die Vernetzung und der Austausch zwischen den Mitgliedern, sowie das Gespräch mit Stakeholdern aus dem politiknahen Umfeld“.^[18]

Laut Lobbyregisterangaben besteht der Kreis aus 21 natürlichen Personen und teilt sich eine Adresse mit dem deutschen Büro des finnischen Kraftstoff- und Chemikalienhersteller **Neste Germany**. Dessen Cheflobbyist, Marco Lietz, der auch Mitglied der **Gesellschaft für Wehrtechnik** ist, ist erster Sprecher des LobbyKreisBerlin.^[19]

Eine weitere Sprecherin des LobbyKreisesBerlin ist Savina Lobina, die seit November 2024 Lobbyistin beim **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft** (GDV) ist. Von 2016 bis 2021 arbeitete sie für CDU /CSU Abgeordnete im Deutschen Bundestag, darunter fast vier Jahre für Matthias Hauer (MdB)^[20], der als Obmann der CDU im Finanzausschuss ist. Lobina vollzog somit einen **Seitenwechsel** von Politik in die Finanzlobby.^[21] Weitere Mitglieder vertreten unter anderem die Unternehmen **Continental AG** und **Volkswagen AG**.^[22]

United Europe e.V.

United Europe e.V. bringt prominente Vertreter:innen der Wirtschaft, Lobbyist:innen, wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen und Politiker:innen aus Europa zusammen. Der Verein beschreibt sich selbst als einen "pro-europäischen, gemeinnützigen Verein, der die friedliche Entwicklung eines pro-europäischen Bewusstseins, pro-europäischer Handlungsweisen und die Verständigung zwischen den Völkern fördert." Ziel sei, "dass Europa in der Welt wettbewerbsfähig bleibt". Mitglieder des Vereins sind unter anderem [BASF](#), [Siemens](#), [Meta](#), [British American Tobacco](#) und [E.ON](#).

Präsident ist der Multi-Lobbyist [Günther Oettinger](#) (CDU). Zu den Vorstandsmitgliedern gehörte bis 2020 [Friedrich Merz](#), CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat der Union. Oettinger verfügt immer noch über exzellente Beziehungen zur Europäischen Kommission. So finden Veranstaltungen von United Europe in der Vertretung der Kommission in Berlin unter der Mitwirkung ihrer Repräsentant:innen statt. Dies eröffnet Lobbyist:innen die Einflussnahme auf die Ausrichtung der Kommission und die Möglichkeit, Kontakte mit ihren Vertretern zu knüpfen.

Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.

Der 1952 gegründete **Wirtschaftspolitische Club Deutschland** (WPCD) ist ein Netzwerkverein, der sich als „Impulsgeber für Politik und Wirtschaft“ beschreibt. Er vereint nach eigenen Angaben Repräsentant:innen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, sowie aus Verbänden und Diplomatie, um eine „Plattform für den Dialog im Umfeld der Bundesregierung zu bilden.“ ^[23]

Der WPCD gibt in seiner Satzung an, ausschließlich gemeinnützige Zwecke zu verfolgen. Dies geschehe durch die „Förderung der Bildung“ mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik unter anderem durch Vorträge, Studienfahrten und Preisverleihungen (siehe unten).

Er organisiert diverse Veranstaltungen - politische Mittag- und Abendessen, Besichtigungen, Versammlungen, Empfänge und Partys - bei denen „Networking in der Atmosphäre eines Clubs und politischer Diskurs auf hohem Niveau“ stattfindet. Ein Überblick über vergangene Veranstaltungen ist [hier](#) abrufbar.

Der Verein setzt sich aus Präsidium, Beirat und Ehrenmitgliedern zusammen. Präsident ist Ansgar Tietmeyer, Lobbyist der Finanzberatungsagentur twp Berlin [Public Affairs](#). Im Beirat sind unter anderem die Unternehmen [Deutsche Bank](#), [BASF](#) und [Thyssenkrupp](#) über Mitglieder vertreten.

Auf der Webseite gibt es die Möglichkeit einen Mitgliedsantrag zu stellen. Dabei wird unter anderem abgefragt, welche Mitglieder man bereits persönlich kennt. ^[24] Insgesamt verfügt der Verein laut Lobbyregisterangaben über 143 Mitglieder (davon 132 natürliche und 11 juristische Personen). ^[25] Dazu zählen unter anderem der [Bundesverband für strukturierte Wertpapiere](#), [Deutscher Mittelstands-Bund](#), [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#), [Philip Morris](#), [Verband öffentlicher Versicherer](#), [UPS Deutschland](#), [ZVEI - Verband der Elektro- und Digitalindustrie](#), [Audi](#), sowie der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#). ^[26] Der WPCD gibt zwischen 20.000 und 23.000 Euro jährlich für Interessenvertretung aus. ^[25]

Der WPCD verleiht seit 2010 den „Preis für eine Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft“. 2023 ging dieser an die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm, die auch im Siemens Energy Aufsichtsrat sitzt. Ihre Laudatio wurde von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen) gehalten.^[27]

Von 1999 bis 2006 vergab das WPCD den Detlev-Rohwedder-Preis für „herausragende Verdienste um die Deregulierung in der Sozialen Marktwirtschaft“.^[28] Dieser ging zuletzt an Bert Rürup, einen ehemaligen Wirtschaftsweisen, der maßgeblich am Ausbau der staatlichen Förderungen für private Zusatz-Rentenversicherungen beteiligt war und der später zusammen mit Carsten Maschmeyer die MaschmeyerRürup AG führte.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ ^{1,01,1} [Lobbyregistereintrag Adlerkreis](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [Adlerkreis Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [Das sind die Lobbyisten in Berlins Hinterzimmer-Clubs](#), cicero.de, 30.11.2015, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [Amisa2 Lobbyfacts](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ ^{5,05,1} [Lobbying over croissants and coffee](#), corporateeurope.org, 25.05.2016, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ ^{6,06,1} [Collegium Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [Collegium Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [Niedermark leitet Berliner Lobbyzirkel "Collegium"](#), prreport.de, 09.01.2012, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [Drucksache 18/2976 Schriftliche Fragen](#), dserver.bundestag.de, 20.10.2014, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ ["Getrennt marschieren, vereint schlagen" - Interview mit Wolf-Dieter Zumpfort](#), link.springer.com, 2003, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WEHRTECHNIK e. V. Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ ^{12,012,1} [Finanzplatz München Initiative Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [FPMI Institutionen](#), fpmi.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [fpmi Imagebroschüre 2024](#), fpmi.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ [Forum Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
- ↑ ^{16,016,1} [Gaskoalition Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025

17. ↑ [Gaskoalition Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
18. ↑ [LobbyKreisBerlin Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
19. ↑ [Marco Lietz LinkedIn](#), linkedin.com, abgerufen am 23.04.2025
20. ↑ [Savina Lobina LinkedIn](#), linkedin.com, abgerufen am 23.04.2025
21. ↑ [Mehr Klarheit über die mächtige Finanzlobby - Finanzwende e.V.](#), finanzwende.de, Januar 2025, abgerufen am 23.04.2025
22. ↑ [LobbyKreisBerlin Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
23. ↑ [WCPD Webseite](#), wcpd.de, abgerufen am 23.04.2025
24. ↑ [WCPD Mitgliedschaft](#), wcpd.de, abgerufen am 23.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} [Wirtschaftspolitischer Club Deutschland Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
26. ↑ [Wirtschaftspolitischer Club Deutschland Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
27. ↑ [70 Jahre Wirtschaftspolitischer Club Deutschland und Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft 2022](#), politik-kommunikation.de, 16.01.2023, abgerufen am 23.04.2025
28. ↑ [WCPD Preisverleihungen](#), wcpd.de, abgerufen am 23.04.2025